

# Presseinformation



Kiel, den 17.06.2025

Rede zu Protokoll gegeben

Jette Waldinger-Thiering

**TOP 24 Für eine gute Schulentwicklung an der Westküste**

Drs. 20/4281

*„Aktuell kämpfen im mittleren Nordfriesland mindestens drei Gemeinden für den Erhalt ihrer Grundschule, da sie nicht genug Kinder beschulen. Hier könnte doch ein Modellprojekt „Grundschule bis zur Klasse sechs“ die Rettung sein. Das würde auch die Gemeinschaftsschule in Bredstedt und die Gymnasien in Niebüll und Husum entlasten.“*

Ich freue mich über diesen Antrag, weil er die Schulentwicklung an der Westküste in den Fokus setzt. Eine ausgewogene Verteilung von Schulangeboten und Abschlussmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler muss auch an der Westküste möglich sein.

In den ländlich geprägten Kreisen der Westküste sind die Schulwege, insbesondere nach der vierten Klasse oftmals lang. Obwohl gerade in ländlichen Regionen wie zum Beispiel in Nordfriesland, eine durch Kultur und Identität entstandene starke regionale Bindung besteht, müssen Kinder und Jugendliche die regionalen Gemeinschaften schon früh verlassen, um auf weiterführende Schulen zu gelangen. Besonders schwierig gestaltet sich dies für Schüler und Schülerinnen auf den Inseln und Halligen. Aber auch in der beruflichen Bildung wird es durch die aktuellen Einsparung nicht einfach heimatnah eine Ausbildung zu beginnen. Gerade in den letzten Jahrzehnten wurden viele Grundschulen geschlossen beziehungsweise zusammengelegt. Die Gemeinschaftsschulen platzen aus allen Nähten und zu den wenigen Oberstufenangeboten oder den wenigen Gymnasien ist der Weg oft schwer. Hier muss man klar darauf hinweisen, dass der Wohnort tatsächlich die Bildungschancen vorgibt. Dabei ist es genau das, was wir nicht wollen, wir wollen Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen im Land. Alle müssen die gleichen Möglichkeiten und Chancen erhalten, ihr gewünschter Schulabschluss oder ihre gewünschte berufliche Ausbildung abzuschließen. Aber wie können wir das erreichen? Ein erster Schritt könnte die Grundschule bis zur sechsten Klasse sein. Dies wäre ein konstruktiver Vorschlag zur Zielerreichung, den wir als SSW nicht zum ersten Mal vorschlagen. Wir plädieren dafür, dass man die fünfte und sechste Klasse an den Grundschulen belassen sollte und somit in vieler Hinsicht eine Verbesserung der Schulstruktur - und das nicht nur an der Westküste - herbeiführen würde.

Es muss doch darum gehen, die Grundschulen zu stärken und die weiterführenden Schulen zu entlasten. Die Kinder hätten zwei Jahre länger Zeit, um sich in ihrer regionalen Gemeinschaft zu entwickeln und zu reifen, bevor sie dann im siebten Schuljahr, einen neuen Lebensabschnitt an einer weiterführenden Schule beginnen.

Erste bis sechste Klasse an regionalen Standorten zu unterrichten, ist kein Hexenwerk!

Hier in Schleswig-Holstein zeigt u.a. der dänische Schulverein wie es funktioniert, hier können Schülerinnen und Schüler der dänischen und friesischen Minderheit möglichst lange an ihren regionalen Heimatort unterrichtet werden, bevor die meisten von ihnen weite Wege an die weiterführenden Schulen antreten müssen. Auch in anderen Bundesländern gibt es Modelle, die keine Selektion nach der vierten Klasse vorsehen. Dazu muss man erwähnen, dass es auch international keine Schulstrukturen mehr gibt, die nach der vierten Klasse trennen. Auch Studien und Erhebung sprechen für mehr Bildungserfolg nach einer längeren Grundschulzeit. Aktuell kämpfen im mittleren Nordfriesland mindestens drei Gemeinden für den Erhalt ihrer Grundschule, da sie nicht genug Kinder beschulen. Hier könnte doch ein Modellprojekt „Grundschule bis zur Klasse sechs“ die Rettung sein. Das würde auch die Gemeinschaftsschule in Bredstedt und die Gymnasien in Niebüll und Husum entlasten. Ein zweiter Baustein könnte dann die Förderung von kleinen Oberstufen an allen Gemeinschaftsschulen sein. Wir hoffen jedenfalls auf den Mut und den Willen der Regierung, wirklich etwas zum Guten zu verändern. Denn nur grundlegende Veränderungen werden für messbare Verbesserungen in der Schulstruktur sorgen und somit auch die Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein stärken.